

aus dem allgemeinen großen Unbehagen der friedliebenden Menschen über die Bonner Politik tatsächlich ein Aufruhr des Gewissens entwickelt. Eine Reihe von Ereignissen hatte die westdeutschen Friedenskräfte hellhörig gemacht und gewarnt. Hellhörig wurden die westdeutschen Bürger durch die folgenschweren außenpolitischen Niederlagen der Bonner Regierung, durch den Skandal der Verjährung der Naziverbrechen sowie durch das Fiasko der Bundestagsprovokation in Westberlin. Die verbrecherischen Aggressionshandlungen der USA gegen Vietnam und die Dominikanische Republik beunruhigen die westdeutsche Bevölkerung sehr.

Immer mehr Bürger Westdeutschlands begreifen den Zusammenhang zwischen der geplanten Notstandsdictatur und der Kriegsverschwörung Johnson—Erhard. Aber die fortschrittlichen Menschen in Westdeutschland waren auch rechtzeitig gewarnt durch die Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates und das Manifest der Volkskammer anlässlich des 20. Jahrestages der Befreiung.

So erhoben die 215 Professoren ihren eindringlichen Mahnruf an den DGB, gemäß seinen grundsätzlichen Beschlüssen den Kampf gegen die drohenden Notstandsgesetze aufzunehmen.

Am 19. Mai beschloß der Zentralvorstand der IG Metall im DGB, die gewerkschaftlichen Organisationen zu Protestaktionen gegen die drohende Verabschiedung der Notstandsgesetze aufzurufen.

Das Politbüro hat diesen Beschluß der stärksten Industriegewerkschaft Westdeutschlands als Ausdruck des aktiven und führenden Auftretens der Arbeiterklasse und damit als Beginn einer höheren Phase im Kampf gegen die Notstandsdictatur eingeschätzt. Das Politbüro hat ständig der Entwicklung der Massenbewegung der westdeutschen Friedenskräfte die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Unter Leitung des Genossen Erich Honecker koordinierte eine Arbeitsgruppe laufend die notwendigen Maßnahmen der Solidarität und der Information. Auf Empfehlung des Politbüros wandte sich die Regierung der DDR am 26. Mai mit dem Appell an die Bürger Westdeutschlands, durch entschlossenes und gemeinsames Handeln die Notstandsgesetzgebung zu vereiteln.

Unter dem Druck der Protestaktionen der Volksmassen waren der SPD-Vorstand und der SPD-Parteirat gezwungen, entgegen den Zusagen der Wehner/Erler-Gruppe an Erhard und

Barzel den Beschluß zu fassen, den verfassungsändernden Notstandsgesetzen nicht mehr in dieser Legislaturperiode im Bundestag zuzustimmen.

Dieses Ergebnis stellt einen ersten Erfolg der Massenbewegung in Westdeutschland im Kampf gegen die Notstandsgesetze und atomare Rüstung dar. Diese Bewegung der westdeutschen Friedenskräfte ermittelt bereits jetzt einige wichtige Lehren:

1. Die Tatsache, daß es infolge der Massenbewegung der Erhard-CDU nicht gelungen ist, noch vor den Bundestagswahlen die Notstandsverfassung durchzuputschen, bedeutet zweifellos eine politische Niederlage für die aggressiven Kreise des westdeutschen Imperialismus und Militarismus.

Wie Genosse Walter Ulbricht auf dem VII. Deutschen Arbeiterjugendkongreß darlegte, dient das Notstandsgesetz dem Zweck, das politische Kräfteverhältnis in Westdeutschland zugunsten der größten Monopole und ihrer Hitlergenerale zu verändern. Bereits am

16. Juni sollte diese Entscheidung über das Inkrafttreten der unumschränkten Notstandsdictatur der Rüstungsmonopole und Militaristen fallen. Mit anderen Worten: Die Bonner Machthaber gedachten am 16. Juni 1965 eine Art Neuaufgabe des 30. Januar 1933 herbeizuführen. Bereits vor der Wählerentscheidung am 19. September sollten die Verfassung aufgehoben, die Reste der bürgerlichen Demokratie beseitigt und die Bundestagswahlen als eine Art „Hottentottenwahlen“ durchgeführt werden.

Die Massenbewegung hat die Zeitpläne der Reaktion gestört, sie erschwert die Pläne der Kriegsvorbereitung.

2. Der aktive Widerstand der Friedenskräfte hat die Absichten der Erhard-CDU und der Wehner/Erler-Gruppe im SPD-Vorstand vereitelt, die nationalen Lebensfragen, wie das Streben nach Verfügungsgewalt über Kernwaffen und nach der Notstandsdictatur, aus dem Bundestagswahlkampf auszuklammern. Bekanntlich waren die Führungen der drei Bundestagsparteien schon Anfang des Jahres übereingekommen, die Wahlen ganz im Zeichen des Revanchismus sowie innenpolitischer Probleme zu führen.

Vor allen Dingen sollten möglichst jegliche Kämpfe der Massen verhindert werden. Die Bedeutung der Massenbewegung gegen die Notstandsgesetze besteht gerade darin, daß es nicht nur zu breiten und vielfältigen Aktionen der Massen schlechthin gekommen ist, sondern sich mit dem Kampf gegen die Notstandsgesetze